Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Energie, Umwelt und Klimaschutz**

Betreff: **Unterstützung des Plant Based Treaty**

Bezug: 566a/2019; 98/2021;542/2022; 218/2024

Anlagen:

Zusammenfassung:

Mit Antrag 513/2024 wird die Verwaltung aufgefordert, den Plant Based Treaty (= Vertrag für pflanzenbasierte Ernährung) zu unterstützen. Für die Umsetzung wären weitreichende Änderungen unter anderem der kommunalen Aktivitäten bei Klimaschutz, Öffentlichkeitsarbeit, Ernährungsberatung, Umweltbildung, Gemeinschaftsverpflegung, Genehmigungen, Wirtschaft, Controlling und CO₂-Bilanzierung notwendig. Für die beantragte Maßnahmenumsetzung ist von einem hohen Personaleinsatz auszugehen. Dabei sind Maßnahmen im Themenfeld Ernährung und deren Wirksamkeit für kommunale CO₂-Bilanzen nicht zu erfassen. Durch die Stadtverwaltung wird das Themenfeld klimafreundlichere Ernährung jedoch seit mehreren Jahren im Rahmen der personellen Möglichkeiten über Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung und bei der Gemeinschaftsverpflegung für Schulen und Kindertageseinrichtungen aktiv vorangebracht. Von einer Ausweitung der Aktivitäten, wie im Antrag 513/2024 vorgesehen, sieht die Verwaltung ab.

Finanzielle Auswirkungen

Die Umsetzung des beantragten Maßnahmenkatalogs würde zusätzliche Personalressourcen in unterschiedlichen Organisationseinheiten der Stadtverwaltung erfordern. In Summe schätzungsweise zwei bis drei neue Stellen.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Mit Antrag 513/2024 von „Die FRAKTION“ wird die Stadt Tübingen aufgefordert, dem Plant Based Treaty beizutreten. Der Plant Based Treaty ist eine globale Initiative, die darauf ab-

zielt, Treibhausgasemissionen durch die Förderung einer pflanzenbasierten also veganen Ernährung zu reduzieren. Ein Beitritt ist rein symbolisch: Die Städte sind rechtlich nicht an die 40 Vorschläge des Vertrags gebunden.

Laut Antrag 513/2024 sollen auch entsprechende Maßnahmen für die Verbreitung einer veganen Ernährung in Tübingen und global durch die Stadtverwaltung initiiert bzw. umgesetzt werden. Laut Antragspunkt 3. sollen pflanzliche Lebensmittel zu einem Kernstück der städtischen Klimapolitik werden. Dazu wären eine Erweiterung des „energie- und klimapolitischen Leitbildes“ um den Bereich „Ernährung“ sowie vielfältige Erweiterungen des kommunalen Klimaschutzprogramms um Maßnahmen im Themenfeld Ernährung erforderlich. Aktuell fokussieren die Klimaschutzstrategie, das Leitbild und das kommunale Klimaschutzziel 2030 auf (direkte) energiebedingte CO₂-Emissionen.

2. Sachstand

2.1. Essengewohnheiten der Bevölkerung

Einblick in die Essengewohnheiten in Deutschland gibt der seit 2015 jährlich erscheinende Ernährungsreport. Seit Beginn der Erhebung ist es den Befragten am wichtigsten, dass es gut schmeckt (konstant bei 99 %). Seit 2015 nimmt z. B. das Interesse an kalorienarmen Essen, am täglichen Obst und Gemüse oder an täglich Fleisch oder Wurst ab. Dagegen nimmt der tägliche Verzehr von vegetarischen/veganen Alternativen zu tierischen Produkten zu. Rein vegan ernähren sich laut Ernährungsreport 2024 jedoch lediglich 2 % der Befragten.

Der Verwaltung liegen jedoch keinerlei Daten darüber vor, welche Mengen von welchen Lebensmitteln in Tübingen verzerrt werden. Es ist auch nicht bekannt, wie diese Daten im Detail (als Grundlage einer CO₂-Bilanz) erhoben werden könnten.

2.2. Maßnahmen der Stadtverwaltung

Bereits seit 2008 gibt es unter der kommunalen Klimaschutzkampagne „Tübingen macht blau“ Bausteine zum Thema klimafreundliche Ernährung. Unter anderem im Rahmen von Umweltbildungsprojekten, der Kooperation mit Foodsharing, bei Klimatipps und auf Aktionstagen wie z. B. dem „Klimatag im Rathaus“. Dabei werden Aspekte der Regionalität, Saisonalität, des CO₂-Ausstoßes sowie der rein pflanzlichen Ernährung aufgegriffen. Auch im aktuellen Klimaschutzprogramm sind für den Bereich indirekte Emissionen im Teil B einzelne Maßnahmenoptionen wie „VIII. Klimafreundliche Ernährung“ und „X. Ausbau der Umweltbildung“ enthalten. Darüber hinaus gibt es für städtische Veranstaltungen und bei der Vergabe bereits konkrete Festsetzungen für Lebensmittel:

- Seit 2019 gilt für städtische, interne und externe Veranstaltungen die Vorgabe, nur vegetarische Verpflegung anzubieten.
- Bei der Vergabe des Schulessen-Caterings gelten seit 2021 neue Kriterien, die an den CO₂-Ausstoß geknüpft sind und somit Caterer mit klimafreundlichem Essen bevorzugt (vergl. Vorlage 98/2021). Die Stadt setzt damit die im Klimaschutzprogramm unter „VIII. Klimafreundliche Ernährung“ festgelegten Maßnahmen um. Für rd. 370.000 Schulessen im Jahr konnte der CO₂-Footprint um über 50 % im Vergleich zu einem herkömmlichen Speiseplan gesenkt werden. Ab 2025 werden die Kriterien der Schulessen-Vergabe auch für das Kitaessen gelten. Damit werden voraussichtlich rd. 310.000 Kita-Essen im Jahr ebenfalls mehr als 50 % CO₂ im Vergleich zum Ist-Zustand einsparen. So werden in der Regel acht von zehn angebotenen Essen pro Woche fleischfrei.

- Der Anteil an vegetarischer und veganer Verpflegung für die Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse wird stetig erhöht. Derzeit beträgt er 70 %. Dies bildet den Wunsch der Mitglieder des Gemeinderats ab. Der Antrag 566/20219, dass bei den Sitzungen des Gemeinderats, der Ausschüsse und anderer Gremien ausschließlich vegetarisches und veganes Essen angeboten wird, wurde vom Gemeinderat abgelehnt.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung wird weiterhin im Rahmen ihrer bestehenden Möglichkeiten das Themenfeld Ernährung mit Blick auf Klimaschutz, Gesundheit und nachhaltige Stadtentwicklung bearbeiten. Jedoch bei weitem nicht im Umfang der beantragten Maßnahmen. Denn es wären hohe zusätzliche Aufwendungen für die Umsetzung notwendig. Darin liegt auch das Risiko, dass Ressourcenkonkurrenzen zum bestehenden Klimaschutzprogramm entstehen, das gezielt auf die direkten, energiebedingten CO₂-Emissionen abzielt. Der von der Verwaltung eingeschlagene Weg zum Klima- und Ressourcenschutz bei der Gemeinschaftsverpflegung wird weiterverfolgt werden.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Einmischung der öffentlichen Hand in den sehr persönlichen und emotional belegten Bereich der Ernährungsgewohnheiten dabei mit Vorsicht zu betrachten. So ist z. B. der „Veggie-Day“ vielerorts zum Inbegriff einer Bevormundung geworden. Darum bergen Interventionskampagnen zur Ernährung das Risiko, dass auch Bausteine des bestehenden Klimaschutzprogramms relevant an Akzeptanz verlieren.

4. Lösungsvarianten

- 4.1. Der Antrag wird vollständig gebilligt. In einer ersten Phase sollte gemäß Antragspunkt 16. ein Teil-Klimaschutzkonzept „pflanzenbasierte Ernährung“ aufgestellt werden. Dieses Konzept sollte auch den Antragspunkt 3. zum Controlling in Bezug auf die Treibhausgas-Emissionen abdecken. Für die Erstellung des Teil-Klimaschutzkonzeptes ist mit einer Laufzeit von ein bis zwei Jahren zu rechnen. Für die Begleitung ist eine zusätzliche Personalstelle (Sachbearbeitung) bei der Stadtverwaltung erforderlich. Auf Basis des Konzeptes können dann Entscheidungen zur weiteren Maßnahmenumsetzung und der dafür bereitzustellenden finanziellen und personellen Ressourcen getroffen werden.
- 4.2. Der Ausschuss beschließt, dass einzelne der 18. genannten Antragspunkte verfolgt werden und die Stadtverwaltung dazu ein Konzept erarbeiten sollte.

5. Klimarelevanz

Pflanzenbasierte Ernährung hat einen positiven Einfluss auf die CO₂-Emissionen. Laut Umweltbundesamt liegt das Einsparpotential durch eine vegane Ernährung bei 38– 52 % gegenüber einem durchschnittlichen Ist-Zustand von 1,7 t pro Jahr und Person. Jedoch lassen sich auf kommunaler Ebene die realen Treibhausgasemissionen aus der Ernährung sowie von umgesetzten Maßnahmen nach Kenntnis der Verwaltung nicht erfassen.